# INFO BLATT Sommer'23



### Wir freuen uns, Sie mit unserem Infoblatt zu erreichen und wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Mittlerweile befinden wir uns im dritten Sommer ohne Freibad. Auf Initiative der ZBK hin kommt aber Bewegung in die Weiterführung der Sanierung, über die wir Sie an dieser Stelle neben anderen Themen informieren.

Die befürchteten Strom- und Gasengpässe sind glücklicherweise ausgeblieben. Dennoch leiden wir alle unter den in kürzester Zeit enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten. Gerade seit dem Höhepunkt der Inflation und der Energiesorgen im Herbst 2022 schnüren wir unseren Gürtel enger: Wir wägen sorgfältig ab, was wir wirklich benötigen und was wir uns für unser oft schwer verdientes Geld leisten können.

Nicht so Bürgermeister Muhn und die beiden Volksparteien SPD und CDU!

Obwohl von Gesetzes wegen zur Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit verpflichtet, wird mit unseren Steuergeldern alles andere als sparsam umgegangen: Der Bau der Luxus-Kita Zell anstelle einer von der ZBK bevorzugten zweckmäßigen Lösung, halbherziges Vorgehen bei Regressforderungen zur Straße nach Momart, Verweigerung der Kooperation für eine baldige und kostengünstige Freibadsanierung oder das Ignorieren von Einsparvorschlägen der ZBK zum Haushalt 2023 sind nur einige Beispiele.

Dies und vieles mehr zahlen Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, nun durch die Erhöhung der Grundsteuer um 25%, welche vom Fraktionsvorsitzenden der SPD zynischerweise sogar als moderat bezeichnet wird. Bürgermeister Muhn und seine Unterstützer machen es sich seit Jahren einfach: War erst Corona die Ursache für Fehlleistungen und Kostenexplosionen, so ist es nun der Krieg in der Ukraine. Die Schuld nur bei anderen zu suchen, zu kritisieren statt selbst zu agieren und Mutlosigkeit tragen aus unserer Sicht nicht zu einem konstruktiven Miteinander bei der Gestaltung unserer Zukunft bei.

Die ZBK hingegen nimmt die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst und agiert. Antrieb und Anspruch der ZBK ist es, die finanzielle Situation der Stadt zu verbessern, unsere Lebensqualität zu erhöhen und die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger zu reduzieren. Auch wenn unsere Vorschläge zur Vermeidung der Steuererhöhung von SPD und CDU ignoriert wurden, so konnten wir uns immerhin mit anderen Anträgen erfolgreich durchsetzen, um die Einnahmesituation der Stadt zu verbessern.

Über diese Themen informieren wir Sie hier mit unserem Infoblatt und teilen Ihnen unsere Standpunkte mit. Aktuelle Informationen erhalten Sie stets auch auf unseren Social-Media-Präsenzen bei Facebook und Instagram.

Herzliche Grüße



Dr.-Ing. Holger Hoche
Vorsitzender der Stadtverordnetenfraktion

Hoher Hode



Steffen Urich
stellv. Fraktionsvorsitzender



Christian Huber stelly. Fraktionsvorsitzender

## EINE STADT FÜR ALLE

www.zbk.news

#### Wie steht es um die Zukunft unseres Freibades?

#### 2020:

Schließung des Freibads wegen technischer Mängel

#### 11.03.2021:

Mit einem weiteren Beschluss der Stadtverordnetenversammlung sind insgesamt 3,5 Mio. € für die anstehende Freibadsanierung im Haushalt angesetzt.

#### 10.06.2021:

Gegen die Stimmen der ZBK wurde das Büro BZM aus Wiesbaden beauftragt. Die ZBK hingegen hatte ein anderes Büro favorisiert.

#### 29.03.2022:

BZM legt eine Vorentwurfsplanung mit Gesamtkosten von 8,6 Mio. € brutto vor. Auch unter Berücksichtigung der Fördermittel aus dem SWIM-Programm (1 Mio. Euro) und einem Vorsteuerabzug überschreiten die Kosten die bereitgestellten Haushaltsmittel bei weitem.

#### 07.11.2022:

Unter Federführung von Thomas Riedl wird ein Konzept für eine technische Sanierung von Becken und Technik erarbeitet, welches mit den bereitgestellten Mitteln von 3,5 Mio. Euro brutto auskommt, und im Bau- und Planungsausschuss vorgestellt.

#### 17.01.2023:

ZBK und Grüne bringen einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung ein: "Der Magistrat der Stadt Bad König schafft unverzüglich die entsprechenden Voraussetzungen, dass die Stadt das Freibad mit den bereitgestellten Haushaltsmitteln von 3,5 Mio. € saniert. Grundlage dafür ist das am 05.01.2023 von Thomas Riedl vorgestellte Sanierungskonzept."

#### 09.02.2023:

Hunderte Bürgerinnen und Bürger demonstrieren für die Sanierung unseres Freibads. Der Antrag von ZBK und Grünen wird einstimmig bei Enthaltung von SPD und CDU beschlossen.

#### 16.03.2023:

Bürgermeister Muhn legt über den Magistrat mit rechtlich zweifelhaften Begründungen Widerspruch gegen den Beschluss vom 09.02.2023 ein.

#### 28.03.2023

Die Freibadsanierung wird erneut in der Stadtverordnetenversammlung besprochen: ZBK und Grüne stehen nach wie vor hinter dem Sanierungskonzept, für das eine fast vollständige Planung vorliegt. SPD und CDU hingegen wollen trotzdem ein Planungsbüro beauftragen und damit weitere Kosten verursachen. Daraus ergab sich durch eine Patt-Situation kein weiteres Vorankommen.

Aller Kontroversen zum Trotz haben die Fraktionsvorsitzenden gemeinsam mit dem Magistrat im Ältestenrat die Freibadsanierung in mehreren Sitzungen weiter diskutiert, zuletzt am 15.06.2023.

Als gemeinsame Position stehen alle Fraktionen zum Freibad: Es soll die technisch sinnvollste und zugleich wirtschaftlichste Sanierung angestrebt werden, um die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten.

Dazu stehen verschiedene Sanierungsoptionen im Raum:

- Das Sanierungskonzept von Thomas Riedl ist auf eine Maximalsumme von 3,5 Mio. € brutto ausgelegt und zielt rein auf eine technische Instandsetzung ab. Es umfasst Sanierung des Beckenkörpers und Erneuerung der Technik.
- Die Planung von BZM ist mit 8,6 Mio. € brutto veranschlagt. Dabei handelt es sich um einen quasi-Neubau. Bisher wurden für die Planung 248.000 € ausgegeben, davon erhielt BZM 180.000 €.
- Am 25.05.2023 wurde von BZM als weitere Option ein "Minimalkonzept" vorgeschlagen. Hier liegen weder weitere Details noch eine grobe Kostenschätzung vor. Dafür verlangt BZM von uns, dies nochmals zu beauftragen (und zu bezahlen).

Stand Redaktionsschluss konnten die Fraktionen noch keine gemeinsame Option finden, die weiterverfolgt wird. Für die ZBK steht aber fest, dass die Sanierung mit den geplanten Haushaltsmitteln von 3,5 Mio. € auskommen muss.

Um die technisch und wirtschaftlich beste Lösung zu finden, haben wir uns im Ältestenrat darauf verständigt, neben den Sanierungsoptionen auch weitere Fördermöglichkeiten zu prüfen: Noch bis 15.09.2023 können Förderanträge für das Bundesprogramm
"Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" eingereicht werden. Die ZBK hat den Magistrat
aufgefordert, die Randbedingungen zu prüfen und den Fraktionen zu kommunizieren, damit wir zwischen den Fraktionen hoffentlich
eine gemeinsame Vorgehensweise finden, um die erforderlichen Entscheidungen treffen zu können.

Es ist keine Zeit zu verlieren, denn klar ist:

Wenn unser Freibad noch längere Zeit brach liegt, so werden die Sanierungskosten noch weiter steigen.

Sobald es weitere Entwicklungen gibt, werden wir Sie wie immer informieren.









Neues Jahr, neuer Haushalt!

Die Aufstellung des Bad Königer Haushalts für das Jahr 2023 erfolgte angesichts des Kriegs in der Ukraine unter schwierigen Voraussetzungen: Anstieg der Inflation, Energiepreisexplosion, Ängste vor Strom- und Gasknappheit und vieles mehr stellten unsere Finanzabteilung vor große Herausforderungen.

Eine zusätzliche Belastung stellt die Erhöhung von Kreisund Schulumlage um knapp 1,3 Mio. € dar. Diese wird auch durch die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen durch das Land um rund 830.000 € bei weitem nicht ausreichend kompensiert. Zu höheren Ausgaben führen auch die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst, Beschaffungskosten für Energie und steigende Darlehenszinsen.

Schlussendlich hat der den Fraktionen am 16.03.2023 vorgelegte Haushaltsentwurf ein Defizit von über einer Million Euro ausgewiesen. Hierin waren Mehreinnahmen durch Steuererhöhungen bereits einkalkuliert, wovon die geplante Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B um 150 %-Punkte den größten Teil ausmacht. Innerhalb der letzten zehn Jahre wurde die Grundsteuer B damit fünfmal erhöht. Der Hebesatz hat sich von 350 % im Jahr 2014 auf 730 % mehr als verdoppelt!

Die aktuelle Erhöhung des Hebesatzes um mehr als 25 % führt dazu, dass für ein durchschnittliches Einfamilienhaus in diesem Jahr 664,30 € Grundsteuer gezahlt werden muss, letztes Jahr waren es "nur" 527,80 €.

IM JAHR 2014
WAR DER HEBESATZ
DER GRUNDSTEUER B
NOCH BEI 350 %

Grundsteuer für ein Einfamilienhaus \*



\* Einheitswert 35.000 €



Denn auch wenn es uns Bürgermeister Muhn und die Fraktionen von CDU und SPD in gebetsmühlenartiger Manier glaubhaft machen wollen:

Für unsere finanzielle Situation sind weder Corona noch der Ukraine Krieg die Schuldigen!

Vielmehr ist unsere finanzielle Situation das Ergebnis dramatischer Fehlentscheidungen und Fehlplanungen.

Trotz all unserer fundierten und nachprüfbaren Argumente zur Kosteneinsparung werden unsere Vorschlägen stets überstimmt. Die Quittung für diese Fehlentscheidungen soll nun den Bürgerinnen und Bürger durch Steuererhöhungen aufgebürdet werden.

Beispiele für Fehlentscheidungen und Fehlplanungen aus jüngster Vergangenheit sind die Straße nach Momart und natürlich die Kita Zell, worüber wir bereits ausführlich berichtet haben. Beim aktuellen Thema Freibad haben wir gemeinsam mit den Grünen ein Sanierungskonzept befürwortet, welches auch ohne eine etwaige Förderung mit den Haushaltsmitteln von 3,5 Mio. € brutto auskommt. Diese wurden vom Parlanment beschlossen. Auch unter Einbeziehung einer Förderung darf aus Sicht der ZBK der von der Stadt aufzubringende Anteil den Betrag von 3,5 Mio. € keinesfalls übersteigen, um zusätzliche Belastungen der Bürgerinnen und Bürger unbedingt zu vermeiden.

Die ZBK hat als einzige Fraktion Vorschläge zum Haushalt ausgearbeitet, um

- Die Erhöhung der Grundsteuer B für die Bürgerinnen und Bürger zu vermeiden
- den Eingriff in unsere finanziellen Rücklagen zu reduzieren und
- die Investitionen in Infrastruktur und Soziales zu erhöhen





Unsere Anträge nebst ausführlichen Begründungen finden Sie hier und im Folgenden auszugsweise als Aufzählung:

- Kürzung des Haushaltsansatzes "Breitbandprojekt Odenwaldkreis" um 110.000 €
   Der Breitbandausbau durch die Odenwald-Gigabit-Gesellschaft schlägt mit jährlich 265.000 € zu Buche.
   Dem Vertrag zugrunde liegt ein Anteil des privatwirtschaftlichen Ausbaus durch Telekom und Entega, der rund 20% aller Haushalte betrifft. Aktuell umfasst der privatwirtschaftliche Anteil bereits mehr als 60%, weshalb hier eine Kürzung gerechtfertigt ist.
- Reduzierung Verlustausgleich Kur-GmbH um 178.000 €
   Der Wirtschaftsplan der Kur GmbH wurde im Jahr 2022 auf dem Höhepunkt der Energiekrise mit sehr pessimistischen Annahmen aufgestellt und beziffert einen Verlust von 928.000€. Für 2023 wurden nur 120.000 Besucherinnen und Besucher kalkuliert, obwohl die Therme im Jahr 2022 mehr als 155.000 Besucherinnen und Besucher gezählt hat und die Zahlen des ersten Quartals den positiven Besuchertrend bestätigen.
- Verkauf von 30 ha Wald an das Land Hessen geschätzter Erlös 450.000 €
   Der durchschnittliche Ertrag aus unseren 559 ha Stadtwald beläuft sich im Mittel der letzten sechs Jahre auf lediglich 21.000 € pro Jahr. Das entspricht einer Rendite von nicht mal 0,3%. Da wir mit dem Wald sowieso nichts verdienen, sollen 30 ha zur Entlastung des Haushalts an das Land Hessen veräußert werden. So bliebe der Wald auch nach dem Verkauf in öffentlicher Hand, eine nachhaltige Bewirtschaftung wäre sichergestellt.

#### Wie verhalten sich die anderen Parteien?

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion bezeichnet die Erhöhung der Grundsteuer um mehr als 25% als moderat. Vorschläge zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger hingegen hat die SPD nicht zu bieten.

Der damalige Vorsitzende der CDU-Fraktion erscheint nicht mal zu den Sitzungen des wichtigsten Ausschusses (Hauptund Finanzausschuss). Eine Beratung des Haushaltes und die damit verbundene Auseinandersetzung mit unseren Argumenten sowie der anderen Fraktionen bleibt aus.

Das Bündnis 90 / Die Grünen hingegen haben sich konstruktiv mit dem Haushalt und unseren Vorschlägen befasst und diese in weiten Teilen mitgetragen.

Stattdessen arbeiteten sich SPD und CDU nur an den Vorschlägen und Stattements der ZBK ab. Statt eigener Meinung und dem Setzen von eigenen Impulsen wird Stimmung gegen die ZBK gemacht: Statt Aktion nur Reaktion.

Daher wurde die Steuererhöhung von den beiden Parteien gegen die Stimmen von ZBK und Grünen beschlossen. Die Rechnung dafür zahlen Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger.



## FÜR DIE ZUKUNFT UNSERES WALDES

Die Anpassung der Wälder an den Klimawandel ist eine wichtige Aufgabe für unsere Zukunft.

Daher hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft im November 2022 das Förderprogramm "klimaangepasstes Waldmanagement" ins Leben gerufen. Zweck sind der Erhalt, die Entwicklung und die Bewirtschaftung von Wäldern, die an den Klimawandel angepasst (klimaresilient) sind.

Das Forstamt Michelstadt hat dazu im Februar 2023 eine Informationsveranstaltung abgehalten, zu der alle Bürgermeister des Odenwaldkreises eingeladen waren. Während alle anderen Kommunen Vertreter zu der Veranstaltung entsandt und viele davon mittlerweile Förderanträge gestellt haben, so glänzte Bürgermeister Muhn durch Abwesenheit und hielt dies für die Stadt Bad König nicht für notwendig.

Die ZBK-Fraktion hat daher die Initiative ergriffen: Wir haben Vertreter des Forstamtes Michelstadt zu einer Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 07.06.2023 eingeladen, die dort die Fördervoraussetzungen vorgestellt und die Umsetzbarkeit der Beitrittskriterien für Bad König bewertet haben. Demnach erfüllen wir bereits jetzt fast alle Kriterien oder können diese mit geringem Aufwand erfüllen.

## KLIMAANGEPASSTES WALDMANAGEMENT

Für den Erhalt, die Entwicklung und die Bewirtschaftung von Wäldern, die an den Klimawandel angepasst (klimaresilient) sind.

"Unseren Wald für die nächsten Generationer fit zu machen ist eines unserer wichtigen Zukunftsprojekte"

(Dr. Holger Hoche

- Fördermittel:
  1. bis 10. Jahr = 52.860 €
- Fördermittel: 11. bis 20. Jahr = 2.860 €



Für die Teilnahme an dem Programm hat Hessenforst für Bad König kalkuliert, dass wir im Mittel ca. 27.800 € pro Jahr an Förderung erhalten (1. bis 10. Jahr: 52.860 € / 11. bis 20. Jahr 2.860 €). Dem gegenüber stehen Kosten für das PEFC-Fördermodul von rund 1.600 € pro Jahr. Auch wird die Teilnahme an dem Programm keinen wesentlichen Einfluss auf die aktuelle Waldbewirtschaftung und den Ertrag haben.

Am 15.06.2023 hat die Stadtverordnetenversammlung den Antrag der ZBK einstimmig beschlossen: Damit haben wir einen wichtigen Schritt in die Zukunft getan, um unseren Wald für den Klimawandel fit zu machen.

Die Präsentation finden Sie hier:





INSER



#### Abgabengerechtigkeit

Als Kurstadt erheben wir von unseren Gästen eine Kurtaxe. Diese wird verwendet für "die Schaffung, Erweiterung, Unterhaltung und Vermarktung der zu Kur-, Erholungs- und sonstigen Fremdenverkehrszwecken bereitgestellten Einrichtungen (...)"(§13, KAG Hessen).

Wussten Sie aber, dass laut unserer 11 Jahre alten Kurbeitragsatzung der Betrag 1,40 € pro Tag nur in der Kernstadt erhoben wird und es zudem zahlreiche Ausnahmen für Befreiungen von der Abgabenpflicht gibt?

Im letzten vor-Corona-Jahr 2019 wurden so knapp 12.000 kurtaxenpflichtige Übernachtungen gezählt. Im gesamten Stadtgebiet haben wir aber ausweislich des hessischen statistischen Landesamts 28.124 Übernachtungen verzeichnet. Laut der Zahlen des ersten Quartals werden wir auch im Jahr 2023 mindestens 25.000 Übernachtungen zählen.

Für die ZBK steht fest: Unsere Gäste sind hinsichtlich der Abgaben gleich zu behandeln, unabhängig davon, ob Sie in der Kernstadt oder in den Stadtteilen wohnen. Deshalb wurde ein von der ZBK initiierter Prüfauftrag an den Magistrat beschlossen, um unsere Kurbeitragssatzung zu reformieren. Mit den dadurch möglicherweise zu erzielenden Mehreinnahmen können wir die touristische Infrastruktur ausbauen und unsere Stadt attraktiver gestalten.



#### Was wurde aus...

#### dem Waldkindergarten?

Obwohl es deutlich länger gedauert hat als geplant: So wie es aussieht, kann nach den Sommerferien die Waldkindergartengruppe, deren Einrichtung zur Erweiterung des Angebots der Evangelischen Kindertagesstätte Bad König bereits am 09.12.2021 auf Initiative der Grünen und der ZBK einstimmig von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde, endlich an den Start gehen.

Doch bis dahin war es ein weiter Weg:

Eigentlich hatte man gehofft, bereits im Frühjahr 2022 starten zu können – Konzept und Kostenvoranschlag lagen bereits vor, das für eine solche Einrichtung erforderliche besonders geschulte Personal war vorhanden. Allerdings wurde das Projekt verzögert, weil die im Haushalt 2022 bereitgestellten Mittel nicht ausreichten: Offenbar waren in der Kalkulation die anfallenden Kosten nicht ausreichend berücksichtigt.

Bis Anfang dieses Jahres lagen der Pachtvertrag, die erforderlichen Genehmigungen sowie ein Angebot für die Containeranlage vor. Der Durchbruch wurde schließlich im Frühjahr 2023 geschafft: Dem gemeinsamen Antrag von Grünen und der ZBK, die Containeranlage für die Waldkindergartengruppe unverzüglich zu bestellen und die hierfür erforderlichen Mittel im Haushalt 2023 einzustellen, hat die Stadtverordnetenversammlung am 28.03.2023 - wiederum einstimmig – zugestimmt.

Die Bestellung ist inzwischen erfolgt, die Lieferung bzw. Montage soll im Juli erfolgen. Strom-, Wasser- und Kanal-Anschluss sind beantragt und werden gemeinsam mit den Fundamentarbeiten, unter Überwachung eines archäologischen Fachunternehmens, durch den Bauhof ausgeführt.

Wir freuen uns, dass mit der Waldgruppe ab Sommer dieses Jahres ein attraktives und vergleichsweise kostengünstiges Angebot zur Deckung des dringenden Bedarfs an Kitaplätzen zur Verfügung gestellt und die aktuell sehr lange Warteliste damit zumindest teilweise abgebaut werden kann.

**ZBK WIR FÜR SIE** 

Herausgeber: ZBK-Stadtverordnetenfraktion

Breslauer Straße 11 Adresse:

64732 Bad König

E-Mail: Info@zbk.news

Fotos: www.stilfotografie.de Maren Kunkelmann

Satz, Layout www.karg-grafik.design & Produktion: René Karg